

Sattler-Tapezierer- und Vortefewiller-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Vortefewiller-Verbandes

Er scheint wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig.
Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstr. 14 II
Fernsprecher: 37 Jannowitz 2120

Anzeigen die dreigespalt. Petitzeile 1 Mt. Aufnahme nur bei vor-
herg. Gebühreneinbarung auf Postfach 11502, Post-
fachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Redaktionsschl. Freitag

An alle Gewerkschaftsmitglieder!

Arbeiter, Angestellte und Beamte!

Am 13. März habt Ihr Hitler geschlagen.
Ihr habt die erste Schlacht gewonnen. Jetzt gilt es, Euren Sieg auszunützen. Die Reihen
Eurer Feinde sind erschüttert. Sie müssen zum zweiten Male und noch vernichtender ge-
schlagen werden.
Keiner darf am 10. April an der Wahlurne fehlen. Wer sich der Stimme enthält, ist fahnen-
flüchtig. Wer jetzt noch seine Stimme Thälmann gibt, ist ein politischer Narr. Wer für Hitler
stimmt, schmiedet sich und Euch neue Ketten.

Jede Stimme für Hindenburg ist ein Hammerschlag gegen die Feinde Eurer Freiheit!

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
Leipart
Allgemeiner freier Angestelltenbund
Aufhäuser
Allgemeiner Deutscher Beamtenbund
Falkenberg

Was bringt die Tarifierneuerung am 30. April?

Als die große Notverordnung vom 8. Dezember
1931 eine Regelung der Löhne und Gehälter vor-
nahm, wurde die Höhe derselben nur für einige
Monate befristet. Den Gewerkschaften und Unter-
nehmerverbänden wurde aufgegeben, in kürzester
Frist die neuen Lohnsätze in die bestehenden Tarif-
verträge hineinzuarbeiten. Allgemein sollten die so
umgestalteten Tarifverträge für die Lohn- und Ar-
beitsbedingungen in den ersten Monaten dieses
Jahres maßgebend sein. Ein sehr wichtiges Datum
in der Geschichte der gewerkschaftlichen Kämpfe dürfte
der 30. April 1932 sein. An diesem Tage endet die
Gültigkeit von 75 Proz. aller Tarifverträge, die sich
auf etwa 8 Millionen Arbeiter erstrecken. Es gilt die
Wieder der Arbeiterschaft auf diesen wichtigen Zeit-
punkt hinzuwenden.

In den Gewerkschaftsbüros sind umfangreiche Vor-
bereitungen zu den in Aussicht stehenden Verhand-
lungen getroffen worden. Dies um so mehr, weil
von Seiten der Unternehmer deutlich das Bestreben
zu beobachten war, nicht nur die Lohnsätze,
sondern auch die Bestimmungen der
Rahmentarife neu zu regeln. Der Zweck dieser
Bestrebungen war sehr einfach zu verstehen. Die
Rahmentarife sind im großen und ganzen seit
längerer Zeit unverändert geblieben. Wichtige Be-
stimmungen derselben, wie die Urlaubsklausel u. a.,
waren den Unternehmern äußerst un bequem. Sie
hielten die jetzige Krise für eine nie wiederkehrende
Gelegenheit, einen Einbruch in diese Erzeugnisse
der Arbeiterschaft vorzunehmen. Natürlich galt als
Ziel, sowohl die Urlaubsklausel als auch die
Bestimmungen über die Arbeitszeit und
andere wichtige Bestandteile des
Tarifvertrages zu verschlechtern. Aus der
Tatsache, daß die rheinisch-westfälische Schwerindus-
trie bis jetzt die Lohnsätze nicht gekündigt hat,
glaubt das Reichsarbeitsministerium schließen zu
können, daß die Mehrzahl der Tarife nicht gekündigt
wird. Bei der Schwerindustrie werden so die
niedrigen Löhne gezahlt, daß ein weiterer Abzug
schlechterdings unmöglich ist. Das Reichsarbeits-
ministerium ermuntert die Unternehmer selbst zur
Kündigung, wenn es in einer Verlautbarung der
Öffentlichkeit folgendes kund und zu wissen tut:
„Berechtigt erscheint lediglich in einzelnen Berufs-

zweigen die Anpassung der bisher gegenüber dem
allgemeinen Lohnstand noch überhöhten Löhne und
Gehälter.“ Also ein Wink für die Unternehmer! Die
„Deutsche Bergwerks-Zeitung“ sprach in Nr. 70 das
aus, was viele Unternehmer denken:

„Die Ursachentende der Wirtschaftskrise verläuft
nicht nach der Rangfolge: Preisentwertung und dann
Lohnsenkung, sondern nach der umgekehrten Un-
kostenentwertung, also auch Lohnsenkung und dann Preis-
senkung im Rahmen des möglichen. Erst mit der
Anerkennung dieser altbekannten Tatsache werden
die verheerenden Folgen einer falschen Lohnpolitik
als geistig und praktisch überwunden gelten können.
Weiter wird es sich im Jahre 1932 um die Durch-
führung der Notwendigkeit handeln, die Kaufkraft
vom Verbraucher von Massenbedarfsgütern auf den
Verbraucher von Produktionsmitteln zu übertragen.
Für die Befämpfung und Überwindung einer Krise
ist nicht so sehr die Kaufkraft der letzten Verbraucher,
als vielmehr die Kaufkraft der Produzenten wesen-
lich. Um sie zu beleben, muß man diese zunächst ent-
lasten. Durch eine Senkung der Lohnkosten geht
dabei keineswegs Kaufkraft verloren; sie wird nur
vom Arbeiter auf das Unternehmertum, vom Ver-
braucher von Massenbedarfsgütern auf den Ver-
braucher von Produktionsmitteln übertragen, der sie
dann wieder in gesteigerte Arbeitsbeschäftigung um-
setzt. Drückt man die Preise unter die Verdienst-
grenze eines Betriebes ohne gleichzeitigen Ausgleich
durch Untkostenentwertung, so erzeugt man nur still-
gelegte Betriebe und Erwerbslose.“

Das ist das reine Programm der Unternehmer. Es
wird hier nicht mehr und nicht weniger folgendes
verlangt: Erneute Lohnsenkung und Er-
höhung der Preise, denn wie soll sonst die
Kaufkraft der Verbraucher von Massenbedarfsgütern
auf den Verbraucher von Produktionsmitteln zu
übertragen sein, als durch die Erhöhung der Preise
für Bedarfsgüter und Gegenstände des täglichen
Lebens. Eine ganz eindeutige Beweisführung, die
sich von den jahrhundertlangten Praktiken der Unter-
nehmer nicht unterscheidet und wer weiß wie oft
Schiffbruch erlitten hat. Die Herren Unternehmer
wehren sich vor allem gegen die Verknüpfung
der Lohnhöhe mit der Preishöhe. Die
„Bergwerks-Zeitung“ drückt das folgendermaßen
aus: „Die lohnpolitische Bedeutung des Jahres 1932
wird in dem Kampf um den Verlust bestehen, die
These von der Gleichzeitigkeit und der gegenseitigen

Bedingtheit von Lohn- und Preisentwertung und damit
der Aufrechterhaltung der Einzelkaufkraft des Lohnes
aufrechtzuerhalten.“ Die gegenseitige Bedingtheit
von Lohn- und Preisentwertung wird also von den
Unternehmern bestritten.

Der Reichszugler Dr. Brüning hatte, wie erinner-
lich, als Programm der Reichsregierung die schä-
dliche Verbundenheit von Löhnen
und Preisen festgelegt. In dem gleichen Aus-
maß wie die Löhne sollten auch die Preise herunter-
gesetzt werden, so daß die Kaufkraft erhalten
bleibt. Dieser gute Voratz der Regierung hat sich
nicht verwirklichen lassen. Die ganze Preisentwertungs-
aktion ist ein großes Fiasko gewesen. Der Lebens-
haltungsindex hat sich von 130,4 im Dezember 1931
auf 122,3 im Februar dieses Jahres gesenkt. Es ist
also eine Preisentwertung der Lebenshaltungskosten von
7 1/2 Proz. eingetreten. Auf der anderen Seite war
nach den eingehenden Berechnungen des Allgemeinen
Deutschen Gewerkschaftsbundes eine Herabsetzung der
Löhne um 12 Proz. im gewogenen Durchschnitt zu
verzeichnen. Die gegenseitige Bedingtheit von Lohn-
und Preisentwertung ist also auch in den letzten durch
die Notverordnung verursachten Aktionen nicht erreicht
worden. Man sollte annehmen, daß diese Mißerfolge
des Regierungsprogrammes die Unternehmer voll
befriedigt hätten. Die Löhne sind in Deutschland seit
1930 des öfteren abgebaut worden. Trotzdem ist die
Wirtschaftslage nicht besser geworden, sondern es
läßt sich sogar nachweisen, daß sie sich nach jedem
Lohnabbau verschlechterte. Die katastrophale Krisen-
entwicklung ist durch den Abbau der Löhne und Ge-
hälter nicht im geringsten aufgehalten, sondern ver-
schärft worden. Im allgemeinen sollen Erfahrungen
klug machen. Auch im Wirtschaftskampf müßte dieser
Grundatz gelten. Die Unternehmer können das
grausame Spiel mit der Verschlechterung der Lebens-
haltung unmöglich fortsetzen.

Die Wirtschaft in Deutschland ist nicht durch
dauernde Lasten der Lohn- und Gehaltssenkungen
zu retten. Im Gegenteil verkrüppelt diese immer
mehr, je stärker die Massentaufkraft gedrosselt wird.
Die Arbeiter, Angestellten und Beamten verlangen
mit aller Eindringlichkeit, daß mit den Lohn- und
Gehaltsentwertungen endlich einmal Schluß gemacht
wird. Ihr Verlangen wird jedoch eine hohe Stelle
bleiben, wenn die organisatorische Kraft sich nicht in
diesem Sinne durchzusetzen vermag. Die Zukunft
gibt Gelegenheit organisatorische Wachtmittel einzu-
setzen. Möge die gewerkschaftlich organisierte Ar-
beiterschaft dies begreifen und zu gesteigerter Werbe-
tätigkeit veranlaßt werden.

Deutsch sein!

Nach so mancher Enttäuschung hatten wir alle am
13. März das stolze Freudengefühl: hinter dem
Faschismus steht das Volk nicht. Das Volk ließ
sich nicht verleiten von Redensarten und leeren Ver-
sprechungen. Der Kern unseres Volkes ist gesund.
Er hat einen innerlichen Abstoß gegen den faschisti-
schen Cäsarenwahn.

Unser Volk fühlt deutsch. Dieses Fremdgebilde der
Diktatur, das einst im römischen Kaiserreich herr-
schend war, wie es auch heute wieder in Rom
herrscht, es widerspricht dem deutschen Wesen so, daß
alle Verlockungen und Drohungen ihren Zweck nicht
erreichten.

Gerade beim zweiten Wahlgange gilt es jetzt, alle
Kreise des Volkes auf dieses Un deutsche des Faschis-
mus hinzuweisen. Keiner darf mit Hitler im Bunde
sein, wenn er sich deutsch nennt. Schon das ger-
manische Volk kannte als Höchstes die politische Ge-
meinschaft von Freien. Der 10. April soll aller Welt
künden, daß diese alte Volksart noch heute in uns
lebt.

Gegen jedewereitern Lohnsenkung!

Tagung des Lohnpolitischen Ausschusses des ADGB.

Am 30. März 1932 traten die lohnpolitischen Sachbearbeiter der dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angehörenden Verbände zusammen, um zu der aus dem drohenden Ablauf der Tarifverträge Ende April sich ergebenden Situation Stellung zu nehmen. In der Aussprache zeigt sich, daß der Umfang der seitens der Arbeitgeber erfolgenden Vertragskündigungen noch nicht abschließend zu übersehen ist. Immerhin lassen die bereits erfolgten Kündigungen erkennen, daß die Arbeitgeber erneut weitere Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen durchzuführen werden. Demgegenüber wurde zum Ausdruck gebracht, daß schon die jetzigen gewaltig reduzierten Löhne ein Niveau geschaffen haben, das im härtesten Mißverhältnis zu den geringen, durch die Preisabbaution erzielten Preissenkungen steht. Ueberstimmend wurde betont, daß damit diejenige „neue Situation“ gegeben sei, die der Reichstanzler bei dem allgemeinen Lohnabbau durch die Notverordnung als Ausgangspunkt für eine Revision der bisherigen amtlichen Lohnpolitik bezeichnet hat. Daß angesichts einer solchen Situation gar ein weiterer Lohnabbau in Betracht gezogen werden könnte, wurde allseitig mit Entschiedenheit abgelehnt. Die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Löhne über den 30. April hinaus wurde allgemein als die Mindestforderung bezeichnet, die die Gewerkschaften gegenüber Regierung und Arbeitgebern zu stellen hätten.

Gewerkschaftstampf und Deutschtum.

Die Gewerkschaftsbewegung will neben der politischen Demokratie die Demokratisierung der Wirtschaft erzwingen, und wir alle fühlen, daß diese Demokratie dem Wesen unseres Volkes entspricht. Aus der tiefsten Art unseres Volkes heraus schreit es nach Freiheit. Wir wollen keine bestimmenden Herren, weder im Politischen noch im Wirtschaftlichen. Wir wollen die Führer des Volkes aus dem Volke heraus. Und wir erleben nur im demokratischen Volke uns selber.

So war es seit den ältesten Zeiten im deutschen Volk. Schon der römische Schriftsteller Tacitus sprach von diesem Wesen des germanischen Volkes, und der Berliner Universitätsprofessor Dr. Brunner, der zur Zeit Wilhelms II. lehrte und darum gewiß auch für Reaktionäre unuerbätlich ist, der schreibt in seinem wissenschaftlichen Buche „Grundriß der deutschen Rechtsgeschichte“: „Der altgermanische Staat beruht auf demokratischer Grundlage“ und „Der politische Schwerpunkt der Völkerschaft beruht in der Landgemeinde“. Die aber bedeutet nichts anderes als das moderne Parlament.

Bezeichnungsvorschriften für die Abgrenzung des Begriffes Leder gegenüber Ledererfahstoffen.

„Leder kann doch nur Leder sein“ — denkt der sachkundige Leder — „denn wenn man in einem Geschäft ein Erzeugnis aus Leder verlangt, dann kann der Verkäufer auch nur eine reine Naturlederware anbieten.“ So meint der Laie; in der Praxis aber sieht es anders aus! Einmal ist Leder und Leder an sich schon ein Unterschied. Es gibt z. B. bei dem zur Verarbeitung von Roffern, Tornistern, Attentaten usw. kommenden Rindleder sogenanntes Voll-Rindleder und Spalt-Rindleder. Das eine ist ein Leder, das in der beim Sattlerhandwerk üblichen Dicke verarbeitet wird und den Marken trägt. Spalt-Rindleder sind die durch Spalten gewonnenen mittleren und unteren Teile der Haut. Natürlich ist ein hochwertiges Voll-Rindleder wertvoller als ein Spalt-Rindleder. Spalte haben aber den großen Vorzug der Billigkeit, werden heute in so guten Qualitäten gehandelt, daß sie für bestimmte Verwendungszwecke völlig ausreichend sind, und können, wie gesagt, stets billiger sein.

Doch dies nur nebenbei. Wesentlich ist, daß heute leider immer noch Bezeichnungen, Wortverbindungen mit Leder, gebräuchlich sind, die keine innere Berechtigung haben und lediglich den eigentlichen Materialcharakter verwässern oder verwischen.

Wenn man in einem Handelsgeheimnis die Auszeichnung Web- oder Wildleder antrifft oder gar die Bezeichnung „Wildleder“ — bei fälschlichem Hinsehen für Wildleder gelesen —, so wird man nicht immer ohne weiteres auf den Gedanken kommen, daß es sich in beiden Fällen um ein Textilprodukt, um einen Stoffhandschuh mit lederähnlichem Aussehen handelt. Wird ein Koffer unter Phantastikbezeichnungen oder Firmennamen in Verbindung mit Leder, also als X- oder Y-Leder angeboten, unter der ausdrücklichen Versicherung, es sei ein Lederprodukt, woraufhin sollte man dann annehmen, man kauft einen ausgesprochenen Ledererfahstoff? — Lederabfälle werden beispielsweise feingemahlen

Die Eiserne Front ruft!

Schlagt Hitler! Mehr Stimmen für Hindenburg!

An alle freiheitlich gesinnten Frauen und Männer!

Am 13. März brach der faschistische Generalangriff auf die Rechte des deutschen Volkes zusammen. Frauen und Männer der „Eisernen Front“! Vollendet den Sieg, den ihr erritten!

Niemand lasse sich durch die Behauptung beirren, der Wahltag am 10. April habe nur formale Bedeutung. Der 13. März brachte die Niederlage Hitlers. Der 10. April muß mit der Wahl Hindenburgs den Zusammenbruch der nationalsozialistischen Bewegung herbeiführen.

Schlagt Hitler! Mehr Stimmen für Hindenburg! Das ist die Parole für den 10. April!

kehrt mit eisernem Beize Deutschland rein von Bürgerkriegsbanden und Beuteplündern. Einem Gemitter gleich muß der 10. April die politische Atmosphäre Deutschlands reinigen von allen Drohungen mit Gewalt und Bürgerkrieg. Fort mit der Privatarmee eines Abenteurers! Jede Stimme für Hindenburg ist eine Stimme für die Auflösung der SA! Innerpolitische Stabilität ist die erste Voraussetzung für die wirtschaftliche Gesundung Deutschlands. Nur ein Deutschland, das frei ist vom Hitler-Fieber, kann die Kraft entwickeln, die zur Ueberwindung der Arbeitslosigkeit erforderlich ist.

Hitler heißt Inflation! Hitler heißt Beseitigung der sozialen Einrichtungen! Hitler heißt Preisgabe der Arbeitslosen, Arbeitsinvaliden und Kriegsoffer! Hitler heißt Krieg, Hunger, Not und Elend für das deutsche Volk!

Kämpfer der „Eisernen Front“! Geht hinaus auf flache Land! Sagt den Bauern, daß es Wahrheit ist, wenn sie noch länger Politik gegen ihre Kundschaft in den Städten treiben. Kein Zoll- und Steuerzauber kann die Wirkungen sinkender Kaufkraft aufheben. Arbeiter in Not, bringt den Bauern wirtschaftlichen Tod!

Vorwärts für Volksrechte gegen Diktatur!

Berlin, den 2. April 1932.

Die breiten Verbraucher Massen der Städte sind die natürlichen politischen Bundesgenossen der Bauern. Allein das Bündnis zwischen den Arbeitenden in Stadt und Land gibt die politische Macht, die ein neues Deutschland zu schaffen vermag. Ein Deutschland ohne Hunger und Not, ein Deutschland der nutzbringenden Arbeit für alle, für den Bauern und für den Arbeiter.

Die Geschichte wird ein hartes Urteil über alle fällen, die trotz der Lehren des 13. März töricht genug sind, auch am 10. April noch für Hitler und seine Bürgerkriegsarmee zu stimmen. Beamte, Gewerbetreibende und Angehörige freier Berufe, macht Schluss mit dem freizeithaften Spiel, das mit eurer eigenen Existenz und dem Schicksal des deutschen Volkes getrieben wird! Hitler oder Thälmann wählt, gefährdet seine und seiner Familie Zukunft. Hütet euch, das kostbare Gut der politischen, staatsbürgerlichen Freiheit preiszugeben.

Thälmann ist diesmal nicht nur Moskaus Zählmann. Jede Thälmann-Stimme am 10. April ist eine Hitler-Stimme.

Wer Hitler schlagen will, wählt Hindenburg.

Der 10. April ist zugleich eine Vorentscheidung für die Landeswahlen am 24. April.

Frauen und Männer der „Eisernen Front“! Viel wird von euch gefordert! Wochen der Opfer und Kämpfe liegen hinter euch — neue Wochen noch schwererer Kämpfe stehen euch bevor! Es geht um Großes! Kämpft weiter! Vorwärts zum neuen Angriff auf der ganzen Linie! Keine Ruhe dem geschlagenen Gegner! Am 10. April muß sich Hitler noch einmal stellen, um noch einmal geschlagen zu werden. Mehr Stimmen für Hindenburg — das ist Hitlers politischer Tod!

Die Reichskampfleitung der Eisernen Front.

Was sagte demgegenüber jetzt wieder Hitler, der sich ja immer als Hitler germanischen Wesens aufzuspielen versucht? „Die Demokratie muß vergehen!“ Ja, er paßt mit seinem ganzen inneren Wesen nicht hinein in das deutsche Volk, und auch seine Einbürgerung wird ihm dieses stolze Wesen unseres Volkes nicht geben können: den Sinn für demokratische Freiheit.

Um so mehr ist es die Aufgabe des arbeitenden, unverfälschten Volkes, diese Art unseres Volkes zu wahren, die Freiheit zu hüten, in der Eisernen Front zusammenzusehen zu einem Hort demokratischer Freiheit und in der Gewerkschaftsbewegung zu erzwingen auch im Wirtschaftlichen die Entfaltung der unabhängigen, freien demokratischen Wesensart unseres Volkes.

mit Zellstoff oder Holzschliff vermischt und dann durch Nießmasse wieder gebunden. In solch einem Stück kann wohl bis zu 75 Proz. vielleicht auch bis zu 80 Proz. vermahlene Lederabfälle enthalten sein. Seine Festigkeit, auf die beim Kauf eines Lederstoffs doch aber in erster Linie Wert gelegt wird, kann jedoch längst nicht die eines soliden Naturleders erreichen. Das wird aus einer kurzen Ueberlegung klar: Die Haltbarkeit und besondere Widerstandsfähigkeit des Naturproduktes „Leder“ beruht darauf, daß die Lederfasern in ihrer natürlichen Verflechtung einen Werkstoff von außerordentlich hoher Festigkeit bilden. Wird diese natürliche Verflechtung durch irgendeinen Bearbeitungsprozeß aufgehoben, so fällt das ganze Festigkeitsgebilde in sich zusammen. Wenn auch ein solcher Ledererfahstoff für bestimmte Zwecke durchaus brauchbar sein wird, so darf er doch im Interesse der Wahrheit und Klarheit niemals fälschlich als Leder ohne jede unmißverständliche Zusatzbezeichnung verkauft werden.

Ein anderes Beispiel. Was würden Sie dazu sagen, wenn Ihnen ein „Strahlen-Rindleder“ angeboten wird? Können Sie als Unkundiger, der nicht in der Lage ist, Naturleder von künstlich lederähnlich gemachtem Kunstleder zu unterscheiden, nicht auf die Vermutung, auch in diesem Falle muß es sich um ein gutes, reines Lederprodukt handeln? Dem ist durchaus nicht so! Unter solchen und ähnlichen Namen — dazu wird auch der Begriff Gürtleder mißbraucht — kommen nämlich Kunstleder in den Handel, vornehmlich Textilerzeugnisse, die mit Leder selbst nicht das Geringste zu tun haben. Und so ist es denn ganz lehrreich zu wissen, daß neuerdings vom Reichsausschuß für Lieferbedingungen (RAL) beim Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit (RW) — neben einer ganzen Anzahl bereits erschienener RAL-Bezeichnungsvorschriften und RAL-Gütebedingungen (wozu auch die eingangs erwähnte Abgrenzung der Begriffe Voll-Rindleder, Spalt-Rindleder und Narbenpalt) gehört) — eine neue

RAL-Bereinbarung herausgenommen ist, die die Bezeichnungen Leder, Ledererfah und Kunstleder begrifflich scharf umreißt. Das Blatt heißt „Bezeichnungsvorschriften für die Abgrenzung des Begriffes Leder gegenüber Ledererfahstoffen“, RAL Nr. 060 A. Von rund 140 Fachorganisationen ist die Vereinbarung, die zum Einzelpreis von 20 Pf. bei der Vertikalfabrik des RAL, Beuth-Verlag G. m. b. H., Berlin S 14, Dresdener Straße 97, erhältlich ist, anerkannt und damit verbindlich gemacht.

Anschließend bringen wir den Wortlaut der „Bezeichnungsvorschriften“:

- 1. Als Leder darf nur ein Werkstoff bezeichnet werden, der aus der ungepaltenen oder gepaltnen tierischen Haut durch Gerben oder Imprägnieren unter Erhaltung der gewachsenen Fasern in ihrer natürlichen Verflechtung hergestellt ist.
2. Als Ledererfah oder Kunstleder muß in Wortverbindungen mit Leder jeder lederähnliche Eigenschaften aufweisende oder nachahmende Werkstoff bezeichnet werden, der nicht aus gewachsener tierischer Haut gewonnen ist oder bei dessen Herstellung die tierischen Hautfasern aus ihrer natürlichen Verflechtung gelöst sind. Andere Wortverbindungen mit Leder sind für derartige Werkstoffe unzulässig. (Wamastoffnamen, Fabrikmarken oder ähnliche dürfen also in alleiniger Verbindung mit dem Wort Leder — wie X-Leder — nicht gebraucht werden, sondern müssen das Wort Ledererfah oder Kunstleder — wie X-Ledererfah oder X-Kunstleder — enthalten).

1) Bezeichnungsvorschriften für Sattler-, Polster-, Tischlerleder und daraus hergestellte Lederwaren RAL Nr. 068 A.
2) Die Bezeichnungen „Lederhaut“ und „Lederpappe“ sind seit Jahrzehnten handelsüblich und werden durch diese Bezeichnungsvorschriften nicht betroffen. Weder die Wortverbindungen „Luch“ und „Rappe“, noch das Aussehen der Erzeugnisse lassen Zweifel über die Art des Werkstoffes aufkommen. Lederhaut ist ein lederartiges Gewebe, dessen Tuchcharakter offensichtlich zum Ausdruck kommt; Lederpappe ist eine Ledermaße, vormalig mit Aufbereitung von Baumstammens dienende Rappe, die feinsten lederähnliche oder lederartige Eigenschaften aufweist.

Berichte aus den Verwaltungsstellen

Bevollmächtigtenkonferenz für Gau Rheinland-Westfalen.

Zum 6. März hatte die Gauleitung die verantwortlichen Leiter der einzelnen Verwaltungsstellen zu einer Konferenz in das Gewerkschaftshaus in Wuppertal eingeladen. 15 Verwaltungsstellen waren der Einladung gefolgt.

Kollege Schneider teilte die Ursachen mit, die die Gauleitung veranlaßt haben, eine Aussprache über die Verhältnisse im Gau herbeizuführen. Es soll den Kollegen ein Ueberblick über die wirtschaftliche und organisatorische Lage im Gau gegeben werden, dabei muß erwogen werden, wie die Einflüsse der Krise abgemildert werden können. Ferner sollen die verflochtenen Tarif- und Lohnbewegungen und deren Stand eingehend besprochen werden.

Den anwesenden Kollegen lag ein kurzgehaltener schriftlicher Bericht über die Vorgänge im Jahre 1931 vor, der vom Kollegen Schneider ergänzt wurde. Er bespricht die Verhältnisse in den einzelnen Branchen. In der Lederwarenindustrie ist die Beschäftigung in den Betrieben in ländlichen Gegenden besser als in den Städten, wenn auch jene nicht von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit verschont blieb. Alte Betriebe sind zurückgegangen, drei größere Betriebe gerieten in Konkurs. Der Abbruch eines deutsch-französischen Wirtschaftsabkommens für Koffer und Reisekoffer wird eine Verringerung der bisherigen Einfuhr nach Frankreich bringen und dadurch eine vermehrte Arbeitslosigkeit im Beruf. Die Zahl der Beschäftigten in der Lederwaren- und Reiseartikelindustrie ist zurückgegangen.

Bei den Tapezieren beobachten wir das Verschwinden der Gehilfen bei den Kleinmeistern. Die sogenannte Kundschäftsarbeit ist stark zurückgegangen und damit auch zum Teil die so sehr geprüfene Selbständigkeit des Handwerksmeisters. Große Möbelgeschäfte, wie wir sie in Düsseldorf, Essen, Köln, Wuppertal usw. kennen, beschäftigen heute nur noch einen Bruchteil der früheren Belegschaft. Sie beziehen zum großen Teil ihre Waren aus sogenannten Stapelbetrieben, deren wir im Gau etwa 80 haben und von denen eine Anzahl dazu übergegangen sind, neben der üblichen Stapelware auch bessere Polstermöbel anzufertigen. Dekorationsarbeiten werden heute zumeist von den Warenhäusern ausgeführt.

Für die Fahrzeugbranche kommen drei Gruppen in Betracht: Auto, Waggon und die Fahrradbranche in Bielefeld. In allen drei Gruppen ist die Beschäftigung sehr ungünstig. Mit der Arbeitsbeschaffung für die Waggonindustrie befaßte sich im September eine vom Metallarbeiterverband einberufene Konferenz von Arbeitervertretern der Waggonindustrie Westdeutschlands.

Die Dreibriemenindustrie ist stark abhängig von der Wirtschaftslage anderer Industriegruppen, daher auch hier die Beschäftigung ungünstig und die Zahl der Beschäftigten stark zurückgegangen.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind nicht ohne Einfluß auf die Verhältnisse des Verbandes geblieben. Im Jahre 1930 hatten wir nur einen geringen Mitgliedererwerb. Durch die ungünstigere Geschäftslage im Jahre 1931 ist der Mitgliedererwerb größer. Herbeigeführt ist er zum sehr großen Teil durch die Unfähigkeit ausgesteuerter arbeitsloser Kollegen, die an der Aufrechterhaltung ihrer Mitgliedschaft wenig Interesse zeigen. Der Beitragsleistung muß die größte Beachtung geschenkt werden. Bei unserer Werbearbeit hat immer noch die Kleinarbeit die besten Erfolge gezeigt. Die Werbung unter den Jugendlichen wird leider nicht so beachtet wie notwendig. Nicht nur die Lehrlinge, sondern auch die jugendlichen Hilfskräfte müssen für den Verband gewonnen werden. Die A.G.D. und jetzt auch die Nazis machen die größten Anstrengungen, um in die Gewerkschaften einzubrechen. In der Anwendung ihrer Mittel sind sie maßlos und scheuen vor persönlicher Einschüpfung, Lüge und Verleumdung nicht zurück. Es müssen daher unsere Versammlungen so ausgestaltet werden, daß sie für die Kollegen auffällig wirken. Mit einem Appell an die anwesenden Kollegen, die Werbearbeit, die jetzt notwendiger ist als je, nicht zu unterlassen, schloß Kollege Schneider seine Ausführungen.

In der Aussprache, an der sich die Kollegen Qualmann-Bielefeld, Brand-Hagen, Berger-Essen, Borgmann-Dortmund, Döring-Wuppertal, Rießer-Düsseldorf und Schäfer-Köln beteiligten, ging man auf einzelne Ausführungen des Kollegen Schneider näher ein. So löste die Lehrlingsfrage ein sehr eingehende Aussprache aus. Es muß hierbei mehr die Wirkung der Gehilfenarbeit gefordert werden, zugleich muß man sich aber auch darum bemühen. Das Krumpersystem fand nicht allgemeine Zustimmung. Ein Kollege machte die Gewerkschaften für die Rotverordnung verantwortlich, blieb aber mit seiner Auffassung ganz allein. Die Werbung unter den

Jugendlichen wurden ebenfalls eingehend besprochen. Aus den Erfahrungen in den einzelnen Jugendgruppen wurden beachtliche Vorschläge gemacht über die Jugendarbeit und die Gestaltung der Jugendabende. Einmütig waren die Kollegen der Auffassung, daß es eine unserer wichtigsten Aufgaben ist, die Jugend für den Verband zu gewinnen. Ferner wurde verlangt, daß Maßnahmen getroffen werden sollen, um die im Bochumer Gefängnis eingeführte Anfertigung von Polstermöbeln zu befehlen. Nachdem noch einige örtliche Verhältnisse hervorgehoben wurden, war die Aussprache beendet.

In seinem kurzen Schlußwort wies Kollege Schneider u. a. die Behauptung, die Gewerkschaften seien für die Rotverordnung verantwortlich, scharf zurück. Diese Behauptung kann nur von Leuten aufgestellt werden, die in demagogischer Weise gegen die Gewerkschaften arbeiten, oder die Tätigkeit der Gewerkschaften nicht kennen und daher auch nicht beurteilen können.

Anschließend gab Kollege Schneider einen Ueberblick über unsere Tarif- und Lohnbewegungen. Schon seit 1930 beobachten wir allgemein das Bestreben der Arbeitgeber, die Löhne abzubauen. Für unsere Branchen fand der Lohnabbau in der Hauptsache im Jahre 1931 statt, und zwar haben alle Branchen einen mehrmaligen Lohnabbau zu verzeichnen. Das Unternehmertum hat verstanden, die ungünstige Geschäftslage auszunutzen. Bei den Verhandlungen, die auf Grund der Rotverordnung stattfanden, und bei denen die Arbeitgeber zum Teil auch Verschlechterungen von Manteltarifbestimmungen beantragten, konnten überall Vereinbarungen erzielt werden. Hierdurch kommt die Rotverordnung nicht voll zur Auswirkung, die Mantelverträge bleiben unverändert.

Der Redner ging dann auf die tarifvertraglichen Verhältnisse der einzelnen Branchen ein. Im Tapezierergewerbe lehnten die Arbeitgeber den Abschluß eines Abkommens ab mit der Begründung, daß sie fast keine Gehilfen hätten. Aus diesen Gründen gestalteten sich die Verhandlungen teilweise sehr schwierig und konnte in einzelnen Orten ein Abschluß nicht erzielt werden. Unser Bestreben ist tarifvertraglich geregelte Lohn- und Arbeitsbedingungen für unsere gesamte Kollegenschaft zu schaffen. Wenn wir diese Frage aufwerfen, tritt der Abschluß eines Bestrebenstarifvertrages wieder in den Vordergrund. Auch Arbeitgeber sind der Auffassung, daß ein größerer Kreis gezogen werden müsse. Vor einigen Jahren sind Verhandlungen über den Abschluß eines Bestrebenstarifvertrages gescheitert. Die Verhältnisse haben sich aber in kurzer Zeit verändert, so daß nunmehr die Frage wieder akut geworden ist. Die Gauleitung hat sich mit der Frage eingehend befaßt und beschlossen, mit der maßgebenden Stelle auf Arbeitgeberseite zu versuchen, Fühlung zu bekommen. Das ist geschehen und ist man dort nicht abgeneigt, der Frage näherzutreten. Bei der letzten Verhandlung über den Bestrebenstarif war unter unseren Kollegen eine starke Stimmung vorhanden, die sich gegen den Abschluß wandte, weil die Differenz zwischen dem Bestehenden und Kommenden zu groß war. Die Verhältnisse haben sich geändert und müssen wir ohne jede Vereinbarkeit prüfen, was unserer Kollegenschaft nützlich und dienlich ist.

Der Redner kam dann auf die Stapelbetriebe zu sprechen. Hier ist schon ständig versucht worden, tarifvertragliche Verhältnisse zu schaffen. Als Tarifpartei auf der Gegenseite kamen nur die einzelnen Firmen in Betracht, weil eine Arbeitgeberorganisation nicht bestand. Mit verschiedenen Firmen gelang ein Abschluß. Später stießen wir auf Schwierigkeiten. Die einzelnen Arbeitgeber lehnten ab mit der Begründung, daß sie durch die tarifvertragliche Bindung nicht konkurrenzfähig seien gegenüber den anderen Betrieben. Nach der Gründung des Arbeitgeberverbandes, dem „Verband rheinisch-westfälischer Polstermöbelhersteller“, haben seit Ende des Jahres 1930 wiederholt Verhandlungen mit diesem stattgefunden, jedoch gelang es erst im Februar d. J. zu einem Abschluß zu gelangen. Der langgehegte Wunsch unserer Kollegenschaft in den Stapelbetrieben ist somit Wirklichkeit geworden. Der Redner schilbert dann in kurzen Zügen den Inhalt des Tarifvertrages. Arbeitszeit wöchentlich 48 Stunden. Die zwei ersten Werkstunden 25 Proz., Nachtarbeit 50 Proz., Sonntagsarbeit 100 Proz. Aufschlag; für die Löhne wurde ein Lohnschlüssel geschaffen, Ferial bis zu hundert Arbeitstagen bei Weiterzahlung des vollen Arbeitsverdienstes. Außerdem die noch sonst üblichen Bestimmungen. Der Rahmenarbeitsvertrag hat Geltung bis zum 31. März 1933 und jeweils um ein Jahr weiter, wenn er nicht drei Monate vorher gekündigt wird. Das Lohnabkommen mit einem Spitzenlohn für Nacharbeiter über 22 Jahre auf die übliche Stapelware von 88 Pf., auf bessere Polstermöbel 95 Pf., hat Geltung bis 30. September 1931 und kann jeweilig mit Monatsfrist gekündigt werden.

Nicht alle unsere Forderungen sind durch den Abschluß erfüllt, vieles bleibt nachzubolen. Wer jedoch den Kampf kennt, den wir schon seit Jahren um tarifvertragliche Regelung für die Stapelbetriebe führen, wird auch den nicht voll befriedigenden Abschluß in der gegenwärtigen Zeit nicht als einen Mißerfolg bezeichnen können. Es gilt den Grundstein zu legen, auf dem wir weiterbauen zu können hoffen. Jeder Kollege und jede Kollegin muß jedoch nunmehr unermüdet tätig sein, um alle in den Stapelbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen dem Verbands zuzuführen. Gelingt dies, dann werden wir das Werk zur Zufriedenheit aller fortführen können.

An der darauffolgenden Diskussion beteiligten sich die Kollegen Borgmann, Bourne, Kies, Schäfer, Rießer, Rebel, Spangenberg und Berger. Zur Frage des Bestrebenstarif für das Tapezierergewerbe sind alle Kollegen der grundsätzlichen Auffassung, daß ein solcher anzustreben sei. Die Gauleitung wird beauftragt, den beschrittenen Weg weiter zu verfolgen. Bezüglich des Bestrebenstarifvertrages für die Stapelbetriebe veranlaßt die Kollegen die Schwierigkeiten nicht, die einem Abschluß bisher im Wege standen. Wenn auch ein nicht vollbefriedigendes Ergebnis erzielt wurde, so ist der Abschluß als künftige Grundlage zu begrüßen. Eine gegenteilige Ansicht kam nicht zum Ausdruck.

Nachdem Kollege Schneider noch in einem kurzen Ueberblick auf die Arbeiten der Konferenz einging und hierbei besonders die ruhige und sachliche Aussprache hervorhob, schloß er mit einem Hinweis auf die Wichtigkeit der kommenden Wahlen und der Aufforderung die „Eiserne Front“ zu stärken um 18 Uhr die Konferenz.

Gesitt. „Warum Eiserne Front?“ Ueber dieses Thema referierte in unserer Mitgliederversammlung am 24. März 1932 der Vorsitzende des hiesigen Ortsausschusses des ADGB, Kollege Schulz. Einleitend führte der Redner an, daß die Arbeiterchaft dem Führer des Reichsbanners, Genossen Hiltnermann, dankbar sein müßte, die „Eiserne Front“ ins Leben gerufen und alle Republikaner in dieser Zusammenfassung zu haben. Es gilt, dem unerhörten Terror und den Nachgelassenen der Nationalsozialisten einen unabweigbaren Wall entgegenzusetzen. In der „Eiserne Front“ sind alle auf dem Boden der Demokratie stehenden Organisationen zum Kampf gegen den Faschismus vereinigt. Die Kommunisten kämpfen allerdings mit falscher Frontstellung gegen SPD und Gewerkschaften. Nach dem Sieg Hitlers würde auch die kommunistische Partei aufgehört haben in Deutschland zu existieren. Hat die Arbeiterchaft wirklich ein so großes Interesse, die Republik, diesen Staat, mit aller Aufopferung zu verteidigen? Wir als Hand- und Kopfarbeiter erhalten gewiß nicht alles das von Staats wegen, was wir als Werteschaffende verlangen und erhalten müßten, aber an uns liegt es nun, die Republik mit unserem Geist zu erfüllen und für unsere Ziele auszubauen, und dies kann niemals auf dem Wege über den Faschismus geschehen. Eine kurze Gegenüberstellung der Fikern für Sozialaufgaben (Anwalts- und Unfallversicherung, Kranken- und Knappschaftskassen, Schulen usw.) 1913 gegen 1930, beweisen überzeugend, daß die verarmte Republik trotz 41-jährigem Krieg, trotz Reparationslasten und Wirtschaftskrise 1930 wesentlich höhere Mittel für obengenannte Zwecke aufwendete als das blühende Deutschland 1913. Allein für die Arbeitslosenversicherung, die ja in der Vorkriegszeit noch nicht bestand, sind 1930 2.244 Milliarden verausgabt worden. Die Arbeiterchaft hat bei einem Sieg Hitlers nichts zu gewinnen, aber alles zu verlieren; es sei nur erinnert an das Tarifvertragsrecht, Betriebsratsgesetz, Arbeitsgerichtsrecht und so weiter. Wirtschaftskrisen hat es früher gegeben und wird es auch geben, solange die privatkapitalistische Wirtschaft besteht; deshalb muß unser Bestreben sein, dieses System abzulösen durch die Bedarfs- oder Gemeinnützigkeit. Der erste Schlag gegen den drohenden Nationalsozialismus ist am 13. März erfolgt, allerdings nicht ganz mit dem erwünschten Erfolg, doch ist an der Niederlage Hitlers am 10. April nicht mehr zu zweifeln und Pflicht eines jeden aufgeklärten Wählers ist es, am 10. April und auch am Großwahltag, dem 24. April, geschlossen der Parole der Sozialdemokratie Folge zu leisten gegen Radikalismus und rechts wie auch gegen links im Gesamtinteresse der organisierten Arbeiterchaft. Eine Diskussion über den Vortrag wurde von der sehr zahlreich besuchten Versammlung nicht gewünscht. Der Vorsitzende dankte dem Redner für seine auffällenden und wertenden Worte und zeigte an Hand des Wahlergebnisses vom 13. März, daß die Parole der SPD, für Hindenburg zu stimmen, glänzend gerechtfertigt wurde und nicht nur die allein richtige, sondern auch allein mögliche war. Es wird allgemein anerkannt, daß von den 18.660.000 Stimmen für Hindenburg mindestens die Hälfte von der „Eisernen Front“ aufgebracht wurden, das bedeutet also, daß, wenn die SPD einen eigenen Kandidaten aufgestellt hätte, Hitler mit einem klaren Vorsprung als erster das Ziel passiert hätte. Die moralische Position Hitlers würde

heute eine ganz andere sein, wenn Hitler am 13. März anstatt mit mehr als sieben Millionen Stimmen Rückstand hoffnungslos hinterherzuhaufen, einen Vorsprung von mehreren Millionen Stimmen vor dem nächsten Bewerber gehabt hätte. Der nationalsozialistische Hebermut hätte keine Grenzen gekannt und unter der Parole: „Nieder mit dem System“ hätte Sugenberg im zweiten Wahlgang die Duesterbergstimmen Hitler zugeführt. Was hätte demgegenüber noch geheißen können? Aus eigener Kraft hätte die SPD. mochte sie im ersten Wahlgang noch so gut abgeschnitten haben, das Verhängnis nicht aufhalten können, und so hätte sich Bürgerliche Mitte und SPD. auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen müssen, ähnlich wie 1925, und ob Hindenburg als zugkräftiger Kandidat im zweiten Wahlgang kandidiert hätte, war sehr fraglich, wenn Hitler mit dem Bestreife eines Stimmenvorsprungs von mehreren Millionen den zweiten Wahlgang begonnen hätte. Man mag über die Kandidatur Hindenburgs denken wie man will, aber Hut ab vor der Disziplin der Wählermassen in der „Eisernen Front“ am 13. März. Der Vorstehende ermahnt am Schluß, für die „Eiserne Front“ und die „Hammerfäustchen“ zu werben und im Sinne des Vortrages am 10. April sowohl als auch am 24. April zu handeln. 5. G l o m b.

Rüfelfeier. Die Filiale veranstaltete am 19. März im Kreise der Kollegen und deren Familien zur Ehrung der Mitglieder, die im Vorjahr und dieses Jahr 25 Jahre dem Verbands die Treue gehalten haben, eine Feierstunde.

Im dortigen Volkshaus, dem neuerrichteten Heim der organisierten Arbeiter, fanden die Kollegen nebst ihren Familien auf einige Stunden Vergessen der schweren Zeit, die auf allen Arbeiterfamilien lastet.

Gauleiter Galsch aus Frankfurt nahm die Ehrung der vier Verbandsjubilare vor. Den Ernst der letzten Jahre, die Auswirkungen des Krieges, die harten Jahre der Inflation, die furchtbare Wirtschaftskrise, die seit Jahren auch unsere Rüfelfeier Kollegen schwer treffende Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit behandelnd, zeigte Galsch, wie trotzdem der alte gute Stamm der Kollegen dem Verbands jahrzehntelang die unverbrüchliche Treue gehalten hat. Besonderen Dank wird wir dem Kollegen Schuret schuldig, der seit 1913 an der Spitze der Filiale steht und unermüdet dem Verbands gedient und unter den schwierigsten Verhältnissen die Interessen der Kollegen vertreten hat. Auch im Auftrage der Zentrale dankt Galsch den alten Kämpfern für die bewiesene Treue und forderte die Jugend auf, sich an dem Wirken der Jubilare ein Vorbild zu nehmen.

Als sichtbare Zeichen der Anerkennung ihres Wirkens wurden die Kollegen noch mit einer kleinen Ehrengabe bedacht.

Ein gutes Programm sorgte für die notwendige Unterhaltung, auch das Langweil konnte noch geschlungen werden, so daß wohl alle Kolleginnen und Kollegen auf ihre Rechnung kamen.

Der gutverlaufene Abend dürfte allen Teilnehmern in guter Erinnerung bleiben. Hoffen wir, daß unsere Jugend in derselben unverbrüchlichen Treue und Ausdauer für den Verband wirkt, dann wird die Zukunft uns gehören. — a —

Abkräftigungskampagne.

Soll die Welt den Dividenden der Rüstungsindustrie gepostet werden?

Es ist eine feststehende Tatsache — sie ist von verantwortungsbewußten Abgeordneten auf den Tribünen der Parlamente verkündet worden und unwiderlegt geblieben —, daß der Krieg im Fernen Osten und alle anderen in letzter Zeit da und dort in Erscheinung tretenden Kriegstreiberereien auf gut vorbereitete und gut gelungene „Aktionen“ der Kriegsmaterialfabrikanten zurückzuführen sind. Chinesen und Japaner, wie alle anderen Völker, haben einen gemeinsamen Feind: die Rüstungsindustrie! Wenn der Völkerverbund untätig bleibt und nach Ausflüchten sucht, so ist es nur darum, weil den Völkerverbandsdelegierten der entscheidenden Länder durch die Machenschaften der Rüstungsindustrie Schweigen auferlegt wird. Der Völkerverbund wird nur sprechen und handeln können, wenn das Gewissen der Welt wach wird und der Gewissenlosigkeit der Rüstungsindustrie und Waffenfabrikanten ein Ende macht!

Lebenshaltungsindex für den Mittelstand oder für den Arbeiterhaushalt?

Die erneuerten Angriffe der Schwerindustrie auf die Löhne, die nach ihrem Urteil immer noch nicht genug senkt wurden, stützt sich auf die im letzten Jahr erreichte Senkung der Lebenshaltungskosten. Das Statistische Reichsamt veröffentlicht jetzt Wirtschaft und Statistik 1. Märzheft) vergleichende Zahlen

über den Stand der Lebenshaltungskosten im Februar 1932 gegen Februar 1931. Danach ergibt sich seit einem Jahr eine Senkung der Lebenshaltungskosten um 11,9 Proz. Diese Verminderung der Lebenshaltungskosten ist vor allem bedingt durch die Senkung der Ernährungsausgaben, die nach dem Statistischen Reichsamt insgesamt 13,1 Proz. ausmachen. Sieht man näher zu, so stellt sich aber folgendes heraus. Das wichtigste Nahrungsmittel nicht nur der Arbeitslosen, sondern auch der beschäftigten Arbeiter, die auf Kurzarbeit gestellt sind oder erwerbslose Angehörige unterstützen müssen. — das sind heute die Mehrzahl der Arbeiter und Angestellten! — Kartoffeln, kosteten Ende Februar 24 Proz. mehr als ein Jahr zuvor. Die beiden anderen wichtigsten Nahrungsmittel im Arbeiterhaushalt, Brot und Mehl, sanken im Preis nur um 1,1 Proz., die Rohmittel um 4,7 Proz. Von andern Lebensmitteln, die im Arbeiterhaushalt eine große Rolle spielen, wurde nur Gemüse erheblich billiger, nämlich um 15,9 Proz. Daß der Lebenshaltungsindex für Ernährungskosten trotzdem so erheblich sank, liegt an der starken Verbilligung für Fleisch- und Fleischwaren (26,6 Proz.), Eier (26,9 Proz.), Milch, Milcherzeugnisse und Margarine (16,3 Proz.). Das sind aber die Nahrungsmittel, die im gegenwärtigen dürftigen Arbeiterhaushalt verhältnismäßig eine geringe Rolle spielen, da sie bei den vorhandenen Einkommensverhältnissen den Arbeitern trotz ihrer Verbilligung in größeren Mengen unerschwinglich sind. So mag denn auch ein Lebenshaltungsindex, der sich auf solche Lebensmittelpreise stützt, die im Arbeiterhaushalt eine stets geringere Rolle spielen, für die Lebenshaltung des Mittelstandes maßgebend sein, darf aber nicht benutzt werden, um daraus die Verbilligung auch des Arbeiterhaushaltes oder des Haushaltes der Angestellten in niedrigeren Gesellschaftsklassen abzuleiten.

Russische Wirtschaftsschwierigkeiten.

In der Durchführung des Fünfjahresplans und der Kollektivierung der Landwirtschaft häufen sich in der letzten Zeit die Schwierigkeiten. Im Januar blieben die Nahrungsmittelindustrien und die Leichtindustrien, d. h. die Verbrauchsgüterindustrien, stark hinter dem Produktionsprogramm zurück. Ebenso ungünstig entwickelte sich die Maschinenproduktion, die zur Zeit um so wichtiger wäre, da eine große Maschineneinfuhr infolge des Mangels an ausländischen Zahlungsmitteln zur Zeit kaum möglich ist. Die Beschaffung der Gegenwerte für die Bezahlung der Einfuhr stößt auf große Schwierigkeiten, da die Weltmarktpreise für die meisten russischen Ausführungsprodukte weiter sehr gedrückt sind und die zur Ausführung bestimmte Holzgewinnung nicht in dem erwarteten Umfang erfolgte. Die Holzproduktion blieb vielmehr hinter den vorjährigen Ergebnissen zurück. In der Landwirtschaft verurteilte der Leberleiter der Sowjetorgane bei der Getreidebeschaffung schwere Störungen. In einer Anzahl von Gebieten, in welchen die Ernte schlecht ausgefallen ist, haben die mit der Getreidebeschaffung betrauten Organe so viel Getreide weggenommen, daß diese Gebiete kein eigenes Saatgut und in vielen Fällen sogar auch nicht genügend Getreide für die eigene Ernährung behalten konnten. Die Regierung muß jetzt diesen Gebieten aus den Ueberflugsgebieten Getreide liefern, was neben andern eine schwere Befallung der an sich sehr unzulänglichen Transportmittel bedeutet. Die Getreidehilfe muß aus der neuen Ernte zurückgezahlt werden. — Die Preise für Verbrauchsgüter sind seit Anfang Februar sehr stark, 30 bis 50 Proz., gestiegen, und zwar nicht nur im privaten Handel, wo sie bereits früher unerschwinglich waren, sondern auch in den genossenschaftlichen und staatlichen Läden. Sind zwar gleichzeitig auch die Löhne nach russischen Meldungen durchschnittlich um 18 Proz. erhöht worden, so liegt dennoch eine starke Senkung des Reallohnes vor, um so mehr, weil die Lohnsteigerungen überwiegend nur den Facharbeitern zugute kamen. Die Produktionskosten der Industrie waren im Vorjahr erheblich höher, als veranschlagt. Zu ihrer Senkung sollen jetzt die Löhne auf dem Umweg über erhöhte Preise gesenkt werden. Indessen weist die Preiserhöhung auch auf die Unterverlorenung mit Gebrauchsartikeln hin. Der erhöhte Preis- und Lohnstand müßte die Vermehrung der Zahlungsmittel zur Folge haben. Um die Notendrucke nicht allzu stark in Bewegung zu bringen, wurde die Umsatzsteuer, die Hauptsteuerquelle Rußlands, erhöht, und es wurde eine 500-Millionen-Rubel-Los-Anleihe aufgelegt, deren Erwerbern neben Steuerfreiheit auch Prämiengewinne zugesichert werden.

Bücherchau

Der Nationalsozialismus, ein Gefahr für das Berufsbeamten-tum. Berlin 1932. Verlagsgeßel Haß des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes n. b. S., Berlin S. O. 16, Michaelstraße 11. Preis 50 Pf. (Porto 8 Pf.)

Gregor Wentzel: Zeit und Sozialdemokratie! Dieh-Verlag, Berlin. Preis 15 Pf. Gregor Wentzel, der vor seinem die wertvolle nationalsozialistische Studie „Deutschland und die Volkswirtschaft“ verlegte, gibt in der Broschüre „Zeit und Sozialdemokratie“ einen laudal wohlwollenden Überblick über die seit 1918 geleistete Arbeit und aufmerksame Arbeit der Sozialdemokratie. Das Werk stellt eine wertvolle Ergänzung der Stammliteratur gegen die nationalsozialistische Propaganda dar.

Fachlehrbücher.

A. Für Sattler.

- Der Sattlerlehrling. Mit 84 Textabbildungen. Geb. 1,50
- Einkaufslehre. Mit 165 Abbildungen. Geb. 6,—
- Der Treibriemenlatier (Floh) 7,50
- Der Sattler als Wagen- und Autogarrierer. Von Paul Reibestahl. Zweite, erweiterte Auflage mit 260 Abbildungen und vielen Kalkulationen. Oktavformat 12,—

B. Für Tapezierer.

- Rationelles Polstern (Enealhardt) 6,—
- Der moderne Polsterer (Adolf Spindler) . . . 10,—
- Herstellung von Riffenmöbeln (Mar. Müller) 4,50
- Das Nähen, Spannen und Legen von festen Teppichen und Läufere (Karl Meißel) . . . 4,50
- Die Anfertigung von Auflegematräzen 2,—
- Bestellungen bei Bruno Engel, Berlin S. O. 16, Michaelstraße 14 II.

Um unnötige Portokosten zu ersparen, eruchen wir bei kleineren Objekten um vorherige Einlieferung des Betrages.

Danksagung.

Für die anlässlich meines 60. Geburtstages mir so zahlreich zugegangenen Glückwünsche und ehrende Anerkennungen von Kollegen und Ortsverwaltungen sage ich hiermit meinen herzlichsten Dank. Durch verschiedene Schreiben von alten Kampfgenossen wurden Erinnerungen wachgerufen an die harte Arbeit des Aufbaues unserer Organisation, aber auch an die innere Befriedigung, welche der Erfolg auslöst. Vergleiche von einst und jetzt drängen sich unwillkürlich auf, leider zum Nachteil der Gegenwart. Hart und grausam ist diese Gegenwart. Aber durch wieviele schwere Zeiten ist die Organisation seit Bestehen schon hindurchgegangen und so werden wir auch durch diese Krise kommen; was in meinen Kräften steht, will ich voll dazu beitragen.

Alfred Riedel.

Verbandsnachrichten

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen)

Vom 4. April bis 10. April ist der 15. Wochenbeitrag für das Jahr 1932 fällig.

Pünktliche Beitragszahlung erhöht die Kampfkraft des Verbandes.

Veranstaltungskalender

Leipzig. Mittwoch, 20. April, 19 Uhr, allgemeine Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung. Alles muß erscheinen. Lokal: Volkshaus, Nebenstraß, rechts.

Keutlingen. Samstag, 9. April, abends 7 1/2 Uhr, Versammlung im Gewerkschaftshaus, Sitzungszimmer. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Wuppertal, Elberfeld, Barmen, Bohnthal. Freitag, den 15. April 1932, abends 8 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus Völkerversammlung statt. Restlosen Besuch aller Mitglieder erwartet. Der Vorstand.

Sterbetafel

Berlin. Am 26. März starb der Sattler, Kollege August Gröber, im Alter von 63 Jahren. Er war 28 Jahre Mitglied des Verbandes.

Düsseldorf. Am 23. März starb unsere Kollegin, die Stepperin Luise Eisen, im Alter von 25 Jahren.

Hamburg. Am 27. März starb unser Kollege, der Tapezierer Wilhelm von Hacht, im Alter von 68 Jahren.

Offenbach a. M. Am 20. März starb unser Mitglied, der Portefeuliker Karl Pfeiler, 56 Jahre alt, nach fast 31jähriger Mitgliedschaft. — Am 21. März starb unser Mitglied, der Portefeuliker Heinrich Spanier, 32 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenten!